

Selbsthilfegruppe **AMALGAM**

*c/o SEKIS (Selbsthilfe Kontakt-und Informations- Stelle,
in Trägerschaft des Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e.V. und Förderung der
Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales), **Albrecht-Achilles-Str. 65, 10709 Berlin***

Deutscher Bundestag
Petitionsausschuß
Vorsitzende Frau Heidemarie Lüth, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

18.04.01

Betr.: Unsere Eingabe vom 05.12.2000 zum Thema Amalgam

Bezug: Ihr Schreiben vom 18.01.2001

Sehr geehrte Frau Lüth,

haben Sie Dank für die Empfangsbestätigung. Wir freuen uns, daß Sie sich der dringlichen Sache angenommen haben und setzen unsere Hoffnung in Sie, ein ganz und gar der Wahrheitsfindung verpflichtetes Verfahren zu ermöglichen.

Im weiteren wollen wir Sie davon in Kenntnis setzen, daß die Desinformationspolitik der Bundesgesundheitsbehörden in der Sache Amalgam weitere Kreise zieht. Im Februar d.J. erschien im „Bundesgesundheitsblatt“ ein umfangreicher Artikel von Herrn Dr. Rainer Harhammer vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM), der in weiten Teilen nahezu identisch ist mit den Angaben des Herrn Will vom BMG in seinem Schreiben an den Petitionsausschuß des Dt. Bundestages vom 08.09.2000. Wie bekannt hatten wir zum Schreiben von Herrn Will mit Schriftsatz vom 04.12.2000 ausführlich Stellung genommen und nachgewiesen, daß die Darstellung des BMG durch Herrn Will entgegen seiner Behauptung nicht dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand entspricht, sondern einseitig, unzutreffend und unvollständig und damit als interessengelenkt einzustufen ist. Dies war für Sie der Anlaß, eine Überprüfung einzuleiten.

Es handelt sich bei diesen Äußerungen von Herrn Will und Herrn Dr. Harhammer offenbar um einen derzeitigen Standardtext der Bundesgesundheitsbehörden, der – von Fall zu Fall modifiziert – universell zur Verharmlosung von Amalgam verwendet wird. Mit der Publikation dieses Textes im „Bundesgesundheitsblatt“ ist nunmehr auch eine breite Öffentlichkeit falsch über den Sachverhalt Amalgam unterrichtet worden. Wir erheben erneut dezidiert Protest, daß mit dem Anstrich akademischer und amtlicher Seriosität eine Irreführung der Ärzteschaft und der Bevölkerung betrieben wird.

Beigefügt übermitteln wir den in Rede stehenden Artikel (**ANLAGE 11**) sowie unsere ausführliche Stellungnahme dazu.

Umso dringlicher wird die Einberufung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses, der die Behörden auf ihre Objektivität überprüft mit der Maßgabe, dem gesetzlichen Auftrag endlich Rechnung zu tragen und die Bevölkerung über die gravierenden Gesundheitsgefahren von Amalgam aufzuklären und sie davor zu schützen. Andernfalls wäre die Rechtsstaatlichkeit aufs Äußerste in Frage gestellt.

Mit Dank für Ihr Engagement und freundlichen Grüßen

(Regina Nowack)